

## Verkürzung von Planungsverfahren

# Weniger Treibhausgase durch Heizen und Verkehr, mehr Photovoltaik – Kieler Koalition will Klimaschutz weiter forcieren

Weniger Treibhausgase durch Heizen und Verkehr, mehr Photovoltaik - Schleswig-Holstein treibt seine Klimaschutzziele ambitionierter voran als zunächst geplant. Die Regierung aus CDU, Grünen und FDP geht mit ihren Gesetzesplänen inklusive Vorgaben an die Landesverwaltung weiter, als es ihr erst im Juni im Landtagdiskutierter Entwurf vorsah.



Jan Philipp Albrecht, Schleswig-Holsteins Umwelt- und Energieminister Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung. Foto: Thomas Eisenkrätzer

«Wir sind damit im Bundesvergleich absolute Spitze», sagte Umwelt- und Energieminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) in Kiel. Die Koalition hat sich auch auf eine Verkürzung von Planungsverfahren geeinigt. Die Regierung reagiert auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Ende April und neue gesetzliche Regelungen auf Bundesebene. Das Gericht hatte vom Bund verlangt, das Klimaschutzgesetz nachzubessern, um die Freiheitsrechte jüngerer Generationen zu schützen. Mit dem überarbeiteten Gesetzentwurf verankert die Regierung laut Albrecht zahlreiche neue Maßnahmen für mehr Klimaschutz im eigenen Zuständigkeitsbereich.

## Landesliegenschaften bei Sanierung und Neubau grundsätzlich mit Photovoltaik

So solle die Wärme- und Stromversorgung der Landesliegenschaften bis 2040 CO<sub>2</sub>-frei gemacht werden. Bis 2030 sollen mit wenigen Ausnahmen alle Fahrzeuge der Landesverwaltung missionsfrei sein. Zudem ist vorgesehen, die Büro-Gesamtfläche in der Landesverwaltung bis 2035 um 20 Prozent zu reduzieren. Der Schienenpersonennahverkehr soll bis 2030 treibhausgasneutral werden. Weiter ist geplant, Landesliegenschaften bei Sanierung und Neubau grundsätzlich mit Photovoltaik auszustatten. «Mit noch ambitionierteren Zielen und zusätzlichen Maßnahmen werden wir im Land den aktuellen Anforderungen an den Klimaschutz und die Energiewendegerecht», sagte Albrecht. Das Land werde einen essenziellen Beitrag auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045 leisten. Er hätte sich auch eine Photovoltaikpflicht für Wohngebäude gewünscht. Die Neufassung des Gesetzes folgt dem Minister zufolge den neuen Zielen, die auf Bundesebene nach dem Verfassungsgerichtsurteil vereinbart wurden: Demnach sollen die Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Jahr 1990 bis 2030 um mindestens 65 Prozent, bis 2040 um 88 Prozent und bis 2045 so weit sinken, dass Deutschland netto Treibhausgasneutralität erreicht.

## Mittelgroße Orte sollen kommunale Wärmepläne aufzustellen

Um die Wärmewende voranzutreiben, will die Regierung nun auch mittelgroße Orte verpflichten, kommunale Wärmepläne aufzustellen. Unverändert sieht das Gesamtpaket vor, dass auf geeigneten Dächern von Nichtwohngebäuden Photovoltaik-Anlagen künftig bei Neubau und Renovierung mehr als zehn Prozent der Fläche bedecken. Zudem sollen neu errichtete größere Parkplätze Photovoltaik-Dächer bekommen. «Ein ambitionierter Ausbau der Photovoltaik ist für die Erreichung der Klimaschutzziele dringend erforderlich», unterstrich Albrecht.

Der Landtag soll das überarbeitete Gesetz noch in diesem Jahr beschließen, damit es zum 1. Januar 2022 in Kraft treten kann.

Quelle: dpa/Ino/ RED

## Das Schönste im Norden ist die Kultur. Lesen Sie schon die Schleswig-Holstein?



[www.schleswig-holstein.sh](http://www.schleswig-holstein.sh)